

Kleine Anfrage: War das riesige Polizeiaufgebot bei der Anti-WEF Demo vom 18. Januar nötig?

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wieviel Polizist*innen waren am 18. Januar bei der Anti-WEF Demo im Einsatz?
2. Waren Polizist*innen aus anderen Kantonen anwesend?
3. Wieviel hat der Polizeieinsatz gekostet?
4. Warum wurde der Tram- und Busverkehr von BernMobil eingestellt, bevor die Demo überhaupt gestartet ist?
5. Wie wurde die Gefahrenlage vor der Demonstration eingeschätzt, und auf welcher Grundlage wurde das Polizeiaufgebot dimensioniert?
6. Gab es spezielle Vorkommnisse oder Informationen, die das Aufgebot in dieser Grösse rechtfertigten?
7. Wie viele Festnahmen oder andere Identitätskontrollen wurden vor, während und nach der Demonstration durchgeführt?
8. Findet der Gemeinderat, dass das riesige Polizeiaufgebot angemessen war?
9. Welche Alternativen zum grossen Polizeiaufgebot wurden geprüft?

Begründung

-

Bern, 23. Januar 2025

Erstunterzeichnende: David Böhner

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat stellt fest, dass die Anzahl Fragen den Rahmen einer Kleinen Anfrage sprengen. Er fasst deshalb seine Antworten zur Kleinen Anfrage wie folgt zusammen (weitergehende Fragen können im Rahmen einer Interpellation gestellt werden):

An den vergangenen Kundgebungen in Bern im Zusammenhang mit dem WEF wurden in der Regel keine Bewilligungen eingeholt, verummten sich zahlreiche Teilnehmende und kam es zu Sachbeschädigungen. Dies war auch in diesem Jahr der Fall. Mit einer Bewilligung und entsprechendem Sicherheits- und Verkehrslenkungskonzept liesse sich das Polizeiaufgebot erheblich reduzieren. Auch für den öffentlichen Verkehr und die Bevölkerung in der Innenstadt wäre dies eine Entlastung, indem allfällige Ausfälle im Vorfeld geplant und Alternativen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Der Gemeinderat bzw. Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie legt lediglich fest, wie mit einer (unbewilligten) Kundgebung grundsätzlich umzugehen ist, der Einsatz selbst wird durch die Kantonspolizei geplant und operativ umgesetzt. Gemäss Ressourcenvertrag sind sämtliche Kosten der Sicherheits- und Verkehrspolizei mit der jährlichen Pauschale der Stadt Bern abgegolten. Der Stadt Bern entstehen keine zusätzlichen Kosten aufgrund des Einsatzes der Kantonspolizei am 18. Januar 2025.

Nach Angaben der Kantonspolizei wurde der Einsatz mit dem bei der Kantonspolizei Bern vorhandenem Personal und den vorhandenen Einsatzmitteln bewältigt. Wie immer nehme die Kantonspo-

lizei im Vorfeld von Veranstaltungen entsprechende Lagebeurteilungen vor und löse gestützt darauf die entsprechenden Massnahmen aus. Aus einsatztaktischen Gründen äussere sich die Kantonspolizei nicht zum konkreten Einsatzdispositiv. Der öffentliche Verkehr sei eingestellt worden, als sich abzeichnete, dass sich die Kundgebung in Richtung Spitalgasse bewegen werde. Die Kantonspolizei habe eine Person kontrolliert und eine Wegweisung ausgesprochen.

Bern, 12. Februar 2025

Der Gemeinderat